

## **Beschluss des Landrates vom 22.03.2018**

Nr. 1973

### **46. Bildungsqualität statt Abbau: Stärkung der Berufsbildung** 2017/369; Protokoll: ak

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) erklärt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

**Simone Abt** (SP) dankt dem Regierungsrat für die schriftliche Stellungnahme, die sie mit gebührendem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Aufgrund dieser Ausführungen, aber auch nach Diskussionen mit der Fraktion zieht sie Ziffer 2 ihrer Forderungen zurück, weil sie die Bemühungen, allseits akzeptierte Mindestanforderungen für Lernende durchzusetzen, sabotieren würde. Offen bleibt allerdings die Frage, welche Lösung jungen Menschen angeboten werden kann, die auch die niedrige Hürde einer Attestlehre nicht bewältigen können. Der Verweis, dass sie allenfalls an geschützten Arbeitsplätzen ihre Ausbildung machen könnten, ist etwas gar süffisant; es gibt bestimmt andere Möglichkeiten. Jugendliche, die eine Attestlehre nicht auf Anhieb packen, gehören deswegen noch nicht zwingend in einen geschützten Rahmen.

Die Ausführungen des Regierungsrates zu Ziffern 1 und 3 sind nicht wirklich überzeugend. Dass die Umstände von Praktika, die angeboten werden, um eine/n geeignete/n Lernende/n zu finden, nicht gesetzlich geregelt werden können, ist nicht einzusehen. Dies allein dem Problembewusstsein der Berufsverbände zu überlassen, reicht nicht aus; denn es geht darum, dass junge Menschen beim Planen ihrer Zukunft nicht sollten auf Sand bauen müssen.

Der Regierungsrat verweist auf die Empfehlungen von «SavoirSocial»; aber genau darin findet sich die Feststellung, dass die sogenannten «unabhängigen Praktika» hoch unerwünscht seien. Leider haben diese durchaus deutlich formulierten Aussagen nur Empfehlungscharakter. Die Bemühungen der Berufsverbände würden vom Kanton unterstützt, schreibt der Regierungsrat weiter. Eine Unterstützung in der Form der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen würde in dieser Angelegenheit sicher nicht schaden. Sonst bleibt es so, dass beispielsweise Kindertagesstätten, die knapp kalkulieren müssen, unabhängige Praktika anbieten und Lehrstellen in Aussicht stellen, die sie dann erst nach wiederholten Probedurchläufen oder gar nicht vergeben. Was passiert dann mit der/dem Jugendlichen, der/die die Lehrstelle nicht bekommen hat? Beginnt dann das ganze Spiel wieder von vorne?

Natürlich besteht etwa bei Kitas das Bedürfnis, künftige Lernende kennenzulernen. Aber die Gefahr, dass die jungen Leute unzählige Leerläufe absolvieren, muss reduziert werden. Dabei ist Kreativität gefragt – einfach auf die Berufsverbände zu verweisen, genügt nicht.

In Ziffer 3 geht es nicht in erster Linie um eine allfällige Hilfe bei der Überbrückung, sondern um Unterstützung, falls während der Lehre Demotivation oder Verunsicherung auftreten, sprich um ein «Wehret den Anfängen!» in Bezug auf Lehrabbrüche. Da möglicherweise der/die Auszubildende/in Teil des Problems ist und der Gang zur Lehraufsicht für 16-Jährige schwer ist, braucht es eine niederschwellige Beratung an einem vertrauten Ort und durch eine vertraute Person. Das könnte helfen, kleinere bzw. beginnende Krisen zu meistern. Eine langjährige Lehrperson für Berufssuch- und -wahlklassen hat vorgeschlagen, diese Aufgabe qualifizierten Lehrpersonen zu übertragen, die an einem Tag pro Woche zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgesucht werden können. Oft würde schon ein aufmunterndes Schulterklopfen reichen, damit eine Lehre nicht abgebrochen wird; wenn es allerdings soweit ist, das sich ein Problem eingeschlichen hat, ist der/die Auszubildende kaum mehr motivierbar, weder durch die Berufsschule noch durch den Lehrmeister – dann wird's schwierig.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) hält fest, dass die Grüne/EVP-Fraktion das Postulat abgelehnt hätte, wenn Ziffer 2 stehen geblieben wäre. Nun ist er richtigerweise gestrichen worden, denn seit 2004 enthält die schweizerische Bildungsgesetzgebung ganz bewusst die Attestlehre anstelle der Anlehre.

Nun unterstützt die Fraktion das Postulat im Sinne von «Prüfen und Berichten». Gerade zur Forderung in Ziffer 3 gibt es auch andere Ansätze: An den abgebenden Schulen gibt es Lehrpersonen für BWB (BerufsWegBegleitung), die Schüler/innen, welche am Schluss der Sekundarschulzeit noch keine Lehrstelle gefunden haben, ganz intensiv unterstützen. Genau diese Lehrpersonen wären geeignet für ein solches Angebot.

**Paul Wenger** (SVP) betont, die SVP-Fraktion sei selbstverständlich für die Stärkung der Berufsbildung. Aber aufgrund der Stellungnahme des Regierungsrates ist sie zur Überzeugung gelangt, dass der Kanton Basel-Landschaft sich der schwierigen Fälle annimmt und über differenzierte Angebote verfügt. Die Lehrkräfte der abgebenden Schulen haben den Auftrag, die Schülerinnen und Schüler auf alle Angebote aufmerksam zu machen, sie zu unterstützen und zu betreuen. Und auch die Lehrpersonen an den Berufsfachschulen haben letztlich den gleichen Berufsauftrag. Der Kanton verfügt also für Personen mit Schwierigkeiten über ein vielfältiges Angebot. Deshalb ist das Postulat überflüssig, und die SVP-Fraktion wird es ablehnen.

**Paul R. Hofer** (FDP) schliesst sich seinem Vorredner an. Auch wenn die Postulantin nun Ziffer 2 ihrer Forderungen gestrichen hat, ist die freisinnige Fraktion für Ablehnen des Vorstosses. Auch mit Prüfen und Berichten würde nicht mehr heraussehen als das, was der Regierungsrat bereits in der Stellungnahme geschrieben hat. Das Postulat geht in Richtung «Zwängerei» und verursacht nur Kosten.

**Pascal Ryf** (CVP) schliesst sich den bürgerlichen Partnerparteien an. Das Anliegen des Postulats ist sehr gut. Aber es schießt über das Ziel hinaus, denn die Forderung 1 stellt einen zu starken Eingriff in die Freiheit der Betriebe dar. Zudem gibt es bereits genügend Angebote im Kanton. Die BWB-Lehrpersonen begleiten die Schüler/innen und unterstützen sie dabei, eine Anschlusslösung zu finden.

Bei der Neupositionierung der Brückenangebote hat sich die CVP in der Vernehmlassung klar dahingehend geäußert, dass nicht nur 95 %, sondern alle Jugendlichen eine berufliche oder schulische Ausbildung sollten abschliessen können.

://: Das Postulat wird mit 45:29 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

---